

NIEDERSCHRIFT

über die **13.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **23.09.2015**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 16:25 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
 3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
 5. Herr Dieter Welsink
 6. Herr Johann-Andreas Werhahn
 7. Frau Birte Wienands
 8. Herr Dr. Christian Will
- Vertretung für Herrn Wolfgang Wapenschmidt

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
 10. Herr Harald Holler
 11. Frau Doris Hugo-Wissemann
 12. Herr Dieter Jüngerkes
- Vertretung für Herrn Rainer Thiel MdL
Vertretung für Herrn Klaus Krützen

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 13. Herr Erhard Demmer
- 14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

- **FDP-Fraktion**

- 15. Herr Bijan Djir-Sarai

- **Die Linke/Piraten-Fraktion**

- 16. Frau Kirsten Eickler

- **Verwaltung**

- 17. Herr Robert Abts
- 18. Frau Yvonne Brenner
- 19. Frau Annika Geppert
- 20. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 21. Herr Günter Hassels
- 22. Herr Benjamin Josephs
- 23. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 24. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 25. Herr Carsten Thiel
- 26. Herr Harald Vieten

- **Schriftführerin**

- 27. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	4
2.1.	Schulausschuss vom 17.08.2015	4
3.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum August/September 2015 Vorlage: 61/0781/XVI/2015	4
3.1.	Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zur Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung Vorlage: 010/0873/XVI/2015	5
4.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum August/September 2015 Vorlage: 61/0782/XVI/2015	5
5.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/ Europa (Stand: August 2015) Vorlage: ZS5/0831/XVI/2015	6
6.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/0830/XVI/2015	7
7.	Anträge	7
8.	Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 29.09.2015 - öffentlicher Teil -	7
9.	Mitteilungen.....	8
9.1.	Antwortschreiben Flughafen Düsseldorf zu den Nachtflugbeschränkungen Vorlage: 010/0829/XVI/2015	8
9.2.	Resolution Kommunal-Soli	8
9.3.	Flüchtlingsunterbringung	9
10.	Anfragen	10

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu Top 3 „Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft“	- Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zur Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung ☒ - Gem. Pressemitteilung von IHK Mittlerer Niederrhein und Rhein-Kreis Neuss zur Leitentscheidung ☒ - Presseinformation der Landesregierung NRW – 698/9/2015 ☒
zu Top 8 Vorbesprechung der Sitzung des Kreistages	- Erweiterung/Ergänzung der Tagesordnung (wurde am 23.09. per Post versandt)
zu Top 2 nöt Bestätigung von Dringlichkeitsbeschlüssen	- Dringlichkeitsbeschluss zur Einstellung einer Kinderärztin ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Schulausschuss vom 17.08.2015

KA/20150923/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schulausschusses vom 17.08.2015 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Berichtszeitraum August/September 2015

Vorlage: 61/0781/XVI/2015

KA/20150923/Ö3

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

August/September 2015 zur Kenntnis.

3.1. Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zur Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung

Vorlage: 010/0873/XVI/2015

Protokoll:

Aufgrund der nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fehlender Dringlichkeit beantragte Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich die Vertagung in die Sitzung des kommenden Kreistages, um dann ausführlich diskutieren zu können.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink wies darauf hin, dass hier erneut vom Land die Energiewirtschaft beschnitten werde.

KA/20150923/Ö3.1

Beschluss:

Der Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer Resolution zur Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung wird in Sitzung des Kreistages am 29.09.2015 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum August/September 2015 Vorlage: 61/0782/XVI/2015

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass das wichtige Thema Breitband immer stärker in den Fokus rücke. In der Verwaltung werde man sich daher noch stärker aufstellen. Er fordere alle dazu auf, sich intensiv bei dem Thema mit einzubringen.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink bat darum, dass den Fraktionen der für die Informationsveranstaltung im Vorfeld der Regionalratssitzung angekündigte Vortrag zum Thema „Metropolregion Rheinland“ zur Verfügung gestellt wird. Außerdem bat er um Mitteilung, welche Maßnahmen aus dem Rhein-Kreis Neuss beim Städtebauförderprogramm berücksichtigt werden können.

Kreistagsabgeordneter Harald Holler bat ebenfalls um die Zusendung der Unterlagen zum Wasserbussystem Rheinland.

Man werde die Unterlagen den Fraktionen zur Verfügung stellen, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Bei der Städtebauförderung würden alle Anträge aus der Planungsregion Düsseldorf Berücksichtigung finden.

KA/20150923/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit August/September 2015 zur

Kenntnis.

5. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/ Europa (Stand: August 2015)

Vorlage: ZS5/0831/XVI/2015

Protokoll:

Die aktuellen Zahlen seien etwas besser, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Man müsse aber bereits jetzt im Hinterkopf haben, dass zukünftig auch die Flüchtlinge bei der Situation auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle spielen. Man müsse daher bereits jetzt viel mehr für die Integration der Asylbewerber auf dem Arbeitsmarkt tun.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Doris Hugo-Wissemann erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass man die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen und der Bewerber nachreichen werde.

Seiner Ansicht nach sei das negative Saldo (Ausbildungsstellen, Bewerber) kein positives Ergebnis, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies ergänzend darauf hin, dass nicht alle Ausbildungsstellen gemeldet werden.

Die gesunkenen Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit würden bestätigen, dass diese nicht das Hauptproblem seien, so Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Seine Fraktion sei daher schon länger für eine andere Schwerpunktsetzung. Entscheidend seien die Langzeitarbeitslosen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann begrüßte ausdrücklich, dass die Jugendarbeitslosigkeit zurück gegangen sei. Das Geld sei in diesem Bereich gut angelegt, auch wenn man die Wirksamkeit der Maßnahmen fortlaufend überprüfen müsse.

Auch Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte wie wichtig es sei, junge Menschen in Arbeit zu bringen.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler berichtete, dass sie von einer Zusammenlegung beim Jobcenter gehört habe, die zu Problemen in der Sachbearbeitung geführt habe. Nähere Informationen habe sie aber nicht.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bat darum, genauere Informationen nachzureichen. Man werde der Sache dann nachgehen.

Abschließend wies Landrat Hans Jürgen Petrauschke auf das erfreuliche Ergebnis beim Mittelstandsbarometer hin. Der Rhein-Kreis Neuss sei weit über dem Landesdurchschnitt.

KA/20150923/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand: August 2015, zur Kenntnis.

6. **SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**

Vorlage: 50/0830/XVI/2015

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass sich die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft im Monat September auf 6.368.884 € belaufen würden.

7. **Anträge**

Protokoll:

Anträge wurden nicht gestellt.

8. **Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 29.09.2015 - öffentlicher Teil -**

Protokoll:

Zu TOP 7

Anträge

Zu Top 7.1 „Rederecht in Ausschüssen“

Das Thema Rederecht in den Ausschüssen sei im Ältestenrat besprochen worden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Man war sich darüber einig, dass die vorhandenen Regelungen in Kreis- und Geschäftsordnung ausreichend seien. In der Regel sollte das Rederecht von Externen in der vorherigen Sitzung beschlossen werden. Der Ausschuss könne dies aber auch in der jeweiligen Sitzung beschließen.

§ 41 Abs. 5 Satz 6 KrO NRW

Die Ausschüsse können Vertreter derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von ihrer Entscheidung vorwiegend betroffen werden und Sachverständige zu den Beratungen hinzuziehen.

§ 27 Abs. 4 Geschäftsordnung des Kreistages

Der Kreisausschuss und die Ausschüsse sind berechtigt in ihren Sitzungen Sachverständige oder Einwohner anzuhören.

Zu Top 7.2 „Bürgerbeteiligung“ und 7.3 „Freifunk“

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink kündigte an, zunächst eine Verweisung in die Fraktionen zu beantragen. Diese wichtigen Themen sollte zunächst ausführlich in den Fraktionen beraten werden.

Zu Top 7.5 „Umbau des Seniorenhauses Lindenhof“ (neu)

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass durch den Brand keine wesentlichen Veränderungen am Mauerwerk etc. erforderlich seien. Die Versicherung werde daher lediglich die Wiederherstellung ersetzen. Das Anliegen des Antrags sei grundsätzlich nachvollziehbar. Man müsse sich dem Thema der Gestaltung von Pflegeeinrichtung unabhängig davon widmen.

Zu TOP 8

Mitteilungen

Zu Top 8.1 „Sitzungskalender 2016“

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass inzwischen zwei Änderungswünschen dazu vorlägen. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantrage, die Sitzungen des Kreistages von 4 auf 6 zu erhöhen und die Zahl der Sitzungen des Kreisausschusses von 10 auf 8 zu reduzieren. Die SPD-Kreistagsfraktion beantrage eine zweite Sitzung des Rettungsausschusses einzuplanen. Außerdem teilte er mit, dass die Sitzung des Kreistages im März vom 15.03 auf den 14.03. verschoben werde. Dafür tage der Aufsichtsrat Kreiswerke dann am 15.03.2016.

Er werde darüber hinaus mitteilen, dass die AfD-Kreistagsgruppe nach dem Parteaustritt ihre politische Arbeit im Kreistag ab sofort als „Frei Kreistagsgruppe Rhein-Kreis Neuss“ fortsetze werde und die Kreistagsabgeordneten der Partei „Piraten“ ab 01.10.2015 der Partei „Die Linke“ angehören. Der Name der Fraktion ändere sich damit von „Die Linke/Piraten“ in „Die Linke“.

Zu TOP 9

Anfragen

Zu Top 9.1 „Unterkunftsmöglichkeiten für Asylsuchende“

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte in Beantwortung der Anfrage mit, dass der Kreis keine freien Immobilien besitze.

Zu Top 9.2 „Kosten für die Kommunalwahlen“

Man sei derzeit noch bei der Abfrage bei den Städten und Gemeinden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Außerdem liege eine Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Seniorenhaus Korschenbroich vor. In Ergänzung zu den bereits gemachten Aussagen bestätigte er, dass eine Betriebsunterbrechungsversicherung existiere und diese nach derzeitigem Stand auch ausreiche.

9. Mitteilungen

9.1. Antwortschreiben Flughafen Düsseldorf zu den Nachtflugbeschränkungen

Vorlage: 010/0829/XVI/2015

Protokoll:

Man werde dem Protokoll ebenfalls die Antwort des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen beifügen (s. **Anlage**).

9.2. Resolution Kommunal-Soli

Protokoll:

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Resolution zum Kommunal-Soli inzwischen von Ministerpräsidentin und Landtagspräsidentin weitergeleitet worden seien.

9.3. Flüchtlingsunterbringung

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete ausführlich über die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss. Inzwischen habe auch die Kreisverwaltung 300 Plätze als Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge einrichten müssen. Derzeit seien insgesamt 1.250 Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen im Kreis untergebracht. Da man inzwischen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Kreises im BBZ Grevenbroich technisch gut aufgestellt sei, habe man entschieden, künftig alle Erstkommenden im Kreisgebiet über diese Einrichtung laufen zu lassen. Damit könnten Ressourcen gebündelt und eingespart werden.

Es sei selbstverständlich im Rahmen der Amtshilfe die notwendige Unterstützung zu leisten, so Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink. Er halte allerdings die Begleitung durch ein Kostenmanagement für sinnvoll. Er dankte den Verwaltungen (Kreis und Städte/Gemeinden), den Institutionen und der Bevölkerung für die engagierte und professionelle Arbeit. Außerdem regte er an, zukünftig im Kreisausschuss einen eigenen Tagesordnungspunkt „Flüchtlinge, Asyl, Integration“ einzurichten.

Auch er sei von dem Engagement beeindruckt, so Kreistagsabgeordneter Bijan Djir-Sarai und lobte die tolle Willkommenskultur. Es sei aber zwingend erforderlich, dass Bund und Land die Kommunen entlasten. Insbesondere die Integration sei eine bedeutsame und langfristige Herausforderung. Er begrüße daher auch einen eigenständigen Tagesordnungspunkt im Kreisausschuss.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler regte an, einen eigenständigen Ausschuss für die Koordination auf Kreisebene einzurichten.

Auch er sehe die große Herausforderung, so 2. stellvertretender Landrat Horst Fischer. Entscheidend sei, sich parteiübergreifend für die Integration einzusetzen. Bei der finanziellen Ausstattung seien Bund und Land gefragt.

Dem stimmte auch Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer zu. Man müsse alles tun, um eine Integrationskrise zu vermeiden.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich betonte, dass eine offensive Information der Bevölkerung wichtig sei, um Sorgen und Ängste zu nehmen.

Es sei wichtig, dass bei diesem Thema alle an einem Strang ziehen, so Kreistagsabgeordneter Harald Holler.

Dem stimmte auch Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel zu. Man könne das Problem nur gemeinsam lösen. Das Thema sollte daher regelmäßig im Kreisausschuss behandelt werden.

Kreistagsabgeordnete Birte Wienands regte an, dass die Integrationsräte der Kommunen mit eingebunden werden könnten.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann teilte mit, dass der Landschaftsverband Rheinland von der Landesregierung beauftragt worden sei, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge so zu verteilen, dass es dem Wohl der Kinder/Jugendlichen entspricht. Im Rahmen dieser Inobhutnahme würden die Jugendämter in Anspruch genommen.

Auch Landrat Hans-Jürgen Petrauschke schloss sich dem Dank an die Mitarbeiter und Helfer an. Auch die interkommunale Zusammenarbeit funktioniere sehr gut. In Bezug auf die Inobhutnahme wies er darauf hin, dass die derzeitigen gesetzlichen Regelungen hinsichtlich Zuständigkeiten und Verfahren nicht optimal seien.

Dezernent Tillmann Lonnes teilte mit, dass es im Rhein-Kreis Neuss bislang 110 Inobhutnahmen gegeben habe. Bis Jahresende rechne man mit ca. 180. Für eine Inobhutnahme gäbe es grundsätzlich zwei Gründe: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge lassen sich im Rhein-Kreis Neuss registrieren oder werden im Rhein-Kreis Neuss aufgegriffen. Anschließend erläuterte er kurz Herausforderungen und Schwierigkeiten der Inobhutnahme. Wichtig seien menschliche und gerechte Lösungen.

10. Anfragen

Protokoll:

Es lagen keine Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Böhm
Schriftführung

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/0873/XVI/2015

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	23.09.2015	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen auf Verabschiedung einer
Resolution zur Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung**

Anlagen:

Antrag CDU + FDP



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

23. September 2015

Resolution zur Braunkohle-Leitentscheidung der Landesregierung

Landesregierung muss Verfahren ideologiefrei, offen und transparent betreiben

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten Sie, die folgende Resolution auf die Tagesordnung des Kreisausschusses am 23. September 2015 zu setzen.

Resolution

Die rot-grüne Landesregierung hat am 22. September 2015 einen Entwurf zur Leitentscheidung im rheinischen Braunkohlenrevier beschlossen. Statt der ursprünglich vorgesehenen 1,2 Mrd. Tonnen Braunkohle dürfen im Tagebau Garzweiler II in Zukunft nur noch 800 Mio. Tonnen abgebaut werden – eine reduzierte Abbaumenge von einem Drittel.

Die rot-grüne Landesregierung schränkt den Braunkohleabbau damit noch weiter ein als sie 2014 zunächst geplant hatte. In 2014 sprach die rot-grüne Landesregierung noch von einem reduzierten Abbau von 300 Mio. Tonnen.

Mit ihrem Kabinettsbeschluss sorgt die rot-grüne Landesregierung erneut für Verunsicherung in unserer heimischen Energiewirtschaft und den dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Reduzierte Abbaumengen, verbunden mit einem frühzeitigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, würden unseren Wirtschaftsstandort massiv gefährden.

-1-

CDU-Kreistagsfraktion ■ Münsterplatz 13a ■ 41460 Neuss
Telefon: 02131/21007 ■ Telefax: 02131/21601 ■ E-Mail: post@cdu-rheinkreisneuss.de
■ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ■ Brauereistraße 13 ■ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860 ■ Telefax: 02161/8299861 ■ E-Mail: info@fdp-rkn.de ■ Internet: www.fdp-rkn.de

Unsere Bevölkerung und unsere Unternehmen benötigen Planungssicherheit. Wenn bereits getroffene Entscheidungen und Vorfestlegungen der rot-grünen Landesregierung erneut in Frage gestellt und geändert werden, sorgt dies für kontinuierliche Verunsicherung bei allen beteiligten Akteuren.

Rund 35.000 Arbeitsplätze hängen in unserer Region direkt oder indirekt von der Braunkohle ab. Dazu zählen neben den energieintensiven Unternehmen auch die chemische Industrie und die Lebensmittelindustrie. Allein im Rhein-Kreis Neuss sind etwa 5.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Aluminiumindustrie, etwa 7.000 in der Chemieindustrie beschäftigt.

Darüber hinaus gefährdet die rot-grüne Landesregierung mit ihrem Entwurf zur Leitentscheidung im rheinischen Braunkohlenrevier auch die Versorgungssicherheit unserer Region mit sicherem, bezahlbarem und vor allem grundlastfähigem Strom. Allein durch regenerative Energien kann die Grundlast für Bevölkerung und Unternehmen bislang nicht garantiert werden. Die Braunkohle bleibt damit als fossiler Energieträger auch in Zukunft ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil im Energiemix der nationalen Energieversorgung.

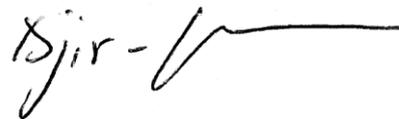
Vor diesem Hintergrund fordert der Rhein-Kreis Neuss die rot-grüne Landesregierung dazu auf,

- die Verunsicherung der Energiewirtschaft, der energieintensiven Unternehmen sowie der Belegschaften zu beenden und klarzustellen, dass auch über 2030 hinaus die Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil im Energiemix der nationalen Energieversorgung sein wird.
- die Braunkohle nicht nur vor dem Hintergrund der Verstromung, sondern auch als wichtigem Rohstoff in der chemischen Industrie zu betrachten. Braunkohle muss auch in Zukunft zur stofflichen Weiterverarbeitung zur Verfügung stehen.
- das Verfahren zur Leitentscheidung im rheinischen Braunkohlerevier, wie von der rot-grünen Landesregierung zugesichert, transparent und ergebnisoffen zu betreiben und dabei insbesondere auf Vorfestlegungen zum reduzierten Umfang der Braunkohlegewinnung im Tagebau Garzweiler II zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter W. Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion



Bijan Djir-Sarai
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

rhein
kreis
neuss

Gemeinsame Pressemitteilung von IHK Mittlerer Niederrhein und Rhein-Kreis Neuss zur Leitentscheidung der Landesregierung für das Rheinische Braunkohlerevier

Leitentscheidung gefährdet Strukturwandel

Krefeld/Rhein-Kreis Neuss. In einer gemeinsamen Pressemitteilung kritisieren IHK-Hauptgeschäftsführer Jürgen Steinmetz und Landrat Hans-Jürgen Petrauschke den aktuellen Leitentscheidungs-Entwurf der rot-grünen Landesregierung für das Rheinische Braunkohlerevier. „Die weitere Senkung der Kohle-Fördermenge um 400 Millionen Tonnen und die Verkleinerung des Abbaugebietes kommt einer Verkürzung der Abbaugenehmigung gleich. Ohne Not wird die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Braunkohle gefährdet, wobei die Gefahr droht, dass Braunkohlekraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Durch die Leitentscheidung werden nicht nur Arbeitsplatzverluste in der Energiewirtschaft, sondern auch in der stromintensiven Industrie am Niederrhein gefährdet“, erklärte Petrauschke. Der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie verlange nach Ansicht von IHK und Kreis für unbestimmte Zeit noch eine sichere, verfügbare und grundlastfähige Energieversorgung. Erneuerbare Energien und die verfügbaren Speichertechniken seien noch nicht in der Lage, dies zu gewährleisten. „Die Unternehmen am Niederrhein sind auf eine sichere Energieversorgung angewiesen“, sagte Steinmetz. „Die hohen Stromkosten sind für energieintensive Betriebe inzwischen zu einer großen Belastung geworden.“ Einst habe die Braunkohle die starke Industrie entlang der Rheinschiene erst möglich gemacht und somit für Arbeitsplätze und Wohlstand gesorgt. Nun werde dieses Potenzial ohne Not beschränkt, kritisierte der IHK-Hauptgeschäftsführer.

Zwar begrüßen IHK und Kreis die von der Landesregierung im Leitentscheidungs-Entwurf festgelegte energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler für die Zeit nach 2030 und damit auch die Planungssicherheit für die Menschen in den Ortschaften Holzweiler und Dackweiler, sehen aber Risiken für den Wirtschaftsstandort NRW. Die Braunkohle hat im Gebiet zwischen Aachen, Düsseldorf und Köln – und damit für Nordrhein-Westfalen insge-

samt – eine wichtige Rolle für Wirtschaft und Beschäftigung. Es sei eine große Aufgabe, den notwendigen Strukturwandel in den nächsten Jahrzehnten gemeinsam zu gestalten, heißt es von IHK und Kreis. Die aktuellen Pläne der Landesregierung gefährden diesen eingeleiteten Prozess, sind sich Steinmetz und Petrauschke einig.

„Die Landesregierung kämpft nur halbherzig für die heimische Braunkohle. Die Leitentscheidung mit weiteren Beschränkungen trägt deutlich die ideologische Handschrift des grünen Koalitionspartners“, sagte Petrauschke, der das Vertrauen in Zusagen und in die wirtschaftliche Kompetenz des Landes erschüttert sieht.

Zu dem Entwurf der Leitentscheidung soll nun ein öffentliches Online-Beteiligungsverfahren stattfinden. Bürger, Kreise, Städte und Gemeinden und andere öffentliche Institutionen können sich zum Entwurf der Landesregierung im Internet äußern. Von einem ergebnisoffenen Verfahren könne aber nach Ansicht von Steinmetz und Petrauschke nicht mehr gesprochen werden, schließlich stünde das Ergebnis durch die Leitentscheidung der Landesregierung im Wesentlichen schon fest. Trotzdem sich wollen IHK und Kreis für Veränderungen der Leitentscheidung einsetzen und appellieren an alle Verantwortlichen im Landtag und in den Gewerkschaften, sich dafür einzusetzen, dass die vorgestellten Pläne zur Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviere nachgebessert werden. „Der Entwurf muss noch intensiv diskutiert werden“, betonte Steinmetz. „Wir werden uns im Interesse der Wirtschaft am Niederrhein für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unserer Unternehmen in die Debatte einbringen.“

Pressekontakt:

IHK Mittlerer Niederrhein
Lutz Mäurer
Tel.: 02151/635-358
FAX: 02151/635-44358
E-Mail: maeurer@krefeld.ihk.de

Rhein-Kreis Neuss
Harald Vieten
Tel.: 02131/928-1300
FAX: 02131/928-1398
E-Mail: harald.vieten@rhein-kreis-neuss.de



Presseinformation – 698/9/2015

22.09.2015
Seite 1 von 3

Kabinett beschließt Entwurf der Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlerevier

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

Start des Beteiligungsverfahrens am 29. September 2015

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Die Staatskanzlei teilt mit:

Die Landesregierung hat den Entwurf einer neuen Leitentscheidung für das Rheinische Braunkohlenrevier beschlossen.

Der langfristig erkennbare Rückgang der Braunkohleverstromung erfordert eine Neubewertung der Notwendigkeit des nach 2030 geplanten Umsiedlungsverfahrens. Die Leitentscheidung legt hierzu fest, dass der Tagebau Garzweiler II so zu verkleinern ist, dass die Ortschaft Holzweiler, die Siedlung Dackweiler und der Hauerhof nicht umgesiedelt werden. Die Tagebaue Hambach und Inden bleiben unverändert. Der Entwurf begründet, warum der Braunkohlenabbau zur Energieversorgung aber auch nach 2030 weiterhin erforderlich ist.

Ziel des Leitentscheidungs-Entwurfs ist insbesondere auch die positive Entwicklung von Holzweiler. Der Abbaubereich des Tagebaus wird daher so verändert, dass der Tagebau nur von zwei Ortsseiten an Holzweiler heranrückt und eine Insellage vermieden wird. Als Mindestabstand zur Abbaugrenze werden 400 Meter festgelegt.

Zu dem Entwurf der Leitentscheidung wird nun ein öffentliches Online-Beteiligungsverfahren durchgeführt. Bürgerinnen und Bürger, Städte und Gemeinden, die Kreise und andere öffentlichen Institutionen können sich zu dem Entwurf auch im Internet äußern.

Zum Auftakt der öffentlichen Konsultation werden die wesentlichen Inhalte und das Konsultationsverfahren in einer öffentlichen Veranstaltung in Erkelenz am 29. September 2015, um 18.00 Uhr, vorgestellt und erläutert.

Die abschließende Entscheidung über die Leitentscheidung soll dann im kommenden Frühjahr gefasst werden.

Im Anschluss wird der Braunkohlenausschuss bei der Bezirksregierung Köln den Braunkohlenplan Garzweiler II in einem mehrjährigen Verfahren ändern und dabei die Vorgaben der Leitentscheidung umsetzen.

Die vier Leitsätze des Entwurfs der Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlenrevier sind als Anlage beigefügt.

Weitere Information zum Erarbeitungsprozess der Leitentscheidung auf der Homepage der Landesregierung (<http://www.land.nrw/landesregierung/landesplanung/>).

Erfordernisse einer langfristige Energieversorgung

Entscheidungssatz 1:

Braunkohlenabbau ist im rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert und der Tagebau Garzweiler II wird so verkleinert, dass die Ortschaft Holzweiler, die Siedlung Dackweiler und der Hauerhof nicht umgesiedelt werden.

Umwelt: Wasserwirtschaft (Restsee), Naturschutz, Geologie, Boden

Entscheidungssatz 2:

Der Restsee ist westlich einer A 61 neu, angrenzend an das unverritzte Gebirge und ohne Kontakt zu ungekalkten Kippenbereichen unter Wahrung einer naturnahen Gestaltung, zu planen.

Der Restsee ist dabei in kompakter Form und mit möglichst großer Tiefe zu planen.

Die Tagebauböschungen einschließlich der Restseeböschungen sind dauerhaft standsicher zu dimensionieren und zu gestalten.

Holzweiler lebenswert erhalten

Entscheidungssatz 3:

Um eine positive Entwicklung von Holzweiler zu gewährleisten, ist der Abbaubereich des Tagebaus Garzweiler II so zu verkleinern, dass der Tagebau an Holzweiler nur von zwei Ortsseiten heranrückt und eine In-sellage vermieden wird. Dabei ist eine Sicherheitslinie so festzulegen, dass ein Mindestabstand von 400 m zur Abbaugrenze gewährleistet wird.

Eine direkte Anbindung an Kückhoven und Erkelenz ist zu gewährleisten, soweit möglich soll die L 19 erhalten bleiben.

Der Uferbereich des Restsees ist so zu modellieren, dass eine Zwischennutzung des Sees während des Füllvorgangs möglich ist. Bei den vom Abbau betroffenen Höfen ist die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.

Strukturwandel im Rheinischen Revier in örtlicher und regionaler Zusammenarbeit

Entscheidungssatz 4:

Entwicklungsperspektiven für das Rheinische Revier sind ausgehend von der örtlichen und regionalen Ebene gemeinsam zu erarbeiten. Das Land wird den Strukturwandel im Rheinischen Revier weiter begleiten.



Der Minister

Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

22. September 2015

Seite 1 von 2

23.9

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Kreishaus Grevenbroich
41513 Grevenbroich

*T.R. als Anlage
zum Protokoll
HA
P*

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

II A 4

Telefon 0211 3843-2207

Flughafen Düsseldorf
Nachtflugregelungen

Ihr Schreiben vom 18.08.2015

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18.08.2015, in dem Sie darauf hinweisen, dass Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Kreises Neuss vermehrt Verstöße gegen die bestehenden Nachtflugbeschränkungen festgestellt haben. Ich habe deshalb die Luftaufsicht bei der Bezirksregierung Düsseldorf gebeten, diesen Vorwürfen nachzugehen und mir mitzuteilen, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um solche Verstöße zu ahnden.

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mir nunmehr mitgeteilt, dass es in den Sommermonaten Juni, Juli und August 2015 einen Verstoß gegen die Nachtflugbeschränkungen gegeben hat. Am 24.08.2015 landete eine Maschine unrechtmäßig am Verkehrsflughafen Düsseldorf. Hiergegen ist ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet worden.

Grundsätzlich möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass aus den mit Wirkung ab dem 01.11.2007 geänderten Nachtflugbeschränkungen für den Verkehrsflughafen Düsseldorf sich eine eingeschränkte Zulässigkeit von Nachtflugbewegungen (zwischen

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 3843-0
Telefax 0211 3843-9110
poststelle@mbwsv.nrw.de
www.mbwsv.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 704, 709,
719 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

22:00 Uhr und 06:00 Uhr) ergibt. Die Nachtflugbeschränkungen erlauben planbare Starts bis 22:00 Uhr Ortszeit und planbare Landungen bis 23:00 Uhr Ortszeit. Zulässig sind verspätete Starts und Landungen. Hierbei handelt es sich um erlaubte Flugbewegungen und nicht um Verstöße gegen Betriebszeiten. So sind z.B. **verspätete Landungen** solcher Strahlflugzeuge, die im Fluglinien- oder planmäßigen Bedarfsluftverkehr eingesetzt werden und Luftfahrtunternehmen gehören, die auf dem Flughafen Düsseldorf einen von der Genehmigungsbehörde anerkannten örtlichen Wartungsschwerpunkt unterhalten (sog. Homebase-Carrier), bis 00:00 Uhr Ortszeit sowie zwischen 05:00 Uhr und 06:00 Uhr Ortszeit ohne Ausnahmeerlaubnis zulässig.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft darauf achten, dass die Bestimmungen der bestehenden Nachtflugbeschränkungen eingehalten und etwaige Verstöße konsequent geahndet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Groschek